

Reichtum braucht ein Maß, Armut eine Grenze – Grundriß einer gerechten und solidarischen Gesellschaft

Dr. Günter Banzhaf

**Vortrag bei der Jahrestagung der Religionslehrer/innen
am 24.11.2009 in Stuttgart-Birkach**

Einleitung

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben“. Diesen Vers aus dem Buch der Sprüche hat Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, bei seiner Antrittsrede 1949 in Erinnerung gerufen und der neuen Bundesrepublik als Leitwort mit auf den Weg gegeben. Gerechtigkeit sollte das Fundament der neuen Bundesrepublik sein. In diesem Sinne wurde in das Grundgesetz hineingeschrieben, dass die Bundesrepublik ein sozialer Staat ist und dass Eigentum verpflichtet. Und die soziale Marktwirtschaft, das Markenzeichen des neuen Staates, wollte nach Müller-Armack beides in dynamischer Weise verbinden: die Freiheit am Markt und den sozialen Ausgleich.

Davon ist seit rund einem Jahrzehnt immer weniger die Rede. Im Gegenteil: Der Sozialstaat wurde systematisch schlecht geredet. Und in diesem Gefolge ein neuer, moderner Begriff von Gerechtigkeit propagiert. Ja, man kann geradezu sagen: Der Umbau des Sozialstaates wurde wesentlich durch eine Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs vorangetrieben.

Diese Umdeutung möchte ich einleitend kurz skizzieren und dann ein Verständnis von Gerechtigkeit zu entwickeln, das sich an den klassischen Begriff der Gerechtigkeit in der abendländischen Tradition anlehnt. Mir geht es um die Frage der politischen Gerechtigkeit, der ich im brisanten Themenfeld von Reichtum und Armut nachgehen möchte.

Dabei habe ich vor allem die extremen Ausprägungen von Reichtum und Armut im Blick. Das private Vermögen in Deutschland wuchs bis Ende 2007 auf 6,6 Billionen Euro an. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung hat dabei weiter zugenommen. Das reichste Zehntel verfügt über 61% des Gesamtvermögens, die unteren zwei Drittel verfügen gerade einmal zusammen über 9%, das unterste Viertel hat nichts oder nur Schulden (DIW Wochenbericht 4/2009).

Oder in anderen Zahlen: 400 000 Deutsche haben ein Vermögen von über 1 Million Euro, 122 von über 1 Milliarde Euro, angeführt von den Aldi-Brüdern Karl und Theodor Albrecht (Manager Magazin Special „Die 300 reichsten Deutschen). Dem stehen rund 7 Millionen Menschen gegenüber, die von Arbeitslosengeld-II, also von 359,- Euro monatlich plus Miete leben.

Reichtum und Armut bedeuten jedoch mehr als nur materiell reich und arm zu sein. Reich sein bedeutet Sicherheit haben, seine Lebensziele verfolgen und Chancen nutzen können. Ab einer bestimmten Größenordnung bedeutet die Konzentration von privatem und institutionellem Reichtum Macht und Einflussnahme in Politik, Wirtschaft und Meinungsbildung.

Arm sein dagegen bedeutet, dass das Geld nicht zum Leben und schon gar nicht zum Mitleben reicht, bedeutet große Unsicherheit im Leben, nagt am Selbstwertge-

fühl und führt zu vielfältigen gesundheitlichen Belastungen. Es ist vor allem mit dem Gefühl verbunden, abgehängt, ausgegrenzt und ohnmächtig zu sein. Amartya Sen definiert in seinem Buch *Ökonomie für den Menschen* Armut treffend als „Mangel an fundamentalen Verwirklichungschancen“. Wer arm ist hat nicht die Möglichkeit, selbstbestimmt leben zu können.

Die Diskussion um einen modernen Gerechtigkeitsbegriff

Unter dem Eindruck eines härter werdenden globalen Wettbewerbs gewinnt Mitte der 90er Jahre die Debatte um den Sozialstaat an Fahrt. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der englische Premier Tony Blair entwickeln für Europas Sozialdemokraten 1999 in einem Papier das neue Leitbild des „aktivierenden Sozialstaates“, durch den das „Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett für Eigenverantwortung“ umgewandelt werden soll.

Das Bemühen um soziale Gerechtigkeit kann sich nach Schröder „nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken ... Für die soziale Gerechtigkeit in der Wissens- und Informationsgesellschaft ist vor allem die Herstellung von Chancengleichheit entscheidend.“ Die politische Umsetzung erfolgt mit der Agenda 2010.

Gerechtigkeit wird bei dieser Neuorientierung auf Chancengleichheit reduziert. Eine fatale Umdeutung und Verkürzung. Woher kommt dieses neue Denken? Die Begrifflichkeiten verraten deutlich die neoliberale Handschrift. Friedrich von Hayek, Wirtschaftsphilosoph, Nobelpreisträger und neoliberaler Vordenker, wurde in den 60er und 70er Jahren nicht müde, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit als „Trugbild“ und „Fata Morgana“ hinzustellen. Das sozialstaatliche Bemühen um Verteilungsgerechtigkeit lehnte er als Versuch der „Enteignung“ und „unzulässige Korrektur der Marktergebnisse“ strikt ab. Gerechtigkeit hat es nach Hayek nicht mit Ergebnissen und Zuständen, sondern nur mit Regeln und Fairness in einem freien Wettbewerb zu tun.

Dieses Gedankengut wurde systematisch durch Lobbyarbeit in organisierten Netzwerken verbreitet, z.B. durch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die seit 2000 in Deutschland aktiv ist und vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall mit jährlich 8 Millionen Euro finanziell unterstützt wird – mit zunehmendem Erfolg. Die Werbeagentur, die für diese Initiative arbeitet, formulierte als Leitfrage: „Wie verändert man die Einstellungen zu unserer Wirtschafts- und Sozialordnung?“ Zum Beispiel, indem man den Gerechtigkeitsbegriff besetzt und umdeutet.

Diese neue Interpretation von Gerechtigkeit prägt auch das Denken der neuen Bundesregierung. So hat Guido Westerwelle schon beim Dreikönigstreffen der FDP 2004 in aller Deutlichkeit formuliert: „Der Weg zur fairen Gesellschaft führt nicht über mehr Gleichheit, sondern über mehr Freiheit ... Die Sozialsysteme und das Steuersystem sind mittlerweile zu Mechanismen geworden, um Gleichmacherei zu betreiben. Diese gleichmacherische Ordnung nimmt den Menschen Chancen, bestraft die Fleißigen und belohnt die Faulen zulasten der Schwachen. Liberale Politik fördert die Fleißigen, schützt die Schwachen und bestraft die Faulen. Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit ... Gerecht ist nach liberalem Verständnis eine Ordnung, die den Menschen freie und faire Möglichkeiten gibt, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen ... Fair ist, wenn langjährige Sozialhilfeempfänger jede angebotene legale Arbeit annehmen müssen, auch wenn sie untertariflich bezahlt wird.“ Diese Definition

von Gerechtigkeit lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Der Slogan der anderen Regierungspartei bleibt zunächst unbestimmt: „Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“. Man wüsste gerne: Mehr Freiheit für wen?

Gerechtigkeit wird im mainstream auf das Zauberwort Chancengleichheit reduziert. Manche versuchen dies durch andere Zusätze zu kompensieren und ergänzen. So kam es zu neuen Wortschöpfungen wie Teilhabe-, Beteiligungs- oder Befähigungsgerechtigkeit. In Wirklichkeit wird dadurch der Gerechtigkeitsbegriff nur weiter segmentiert und seiner gesellschaftskritischen Gestaltungskraft beraubt.

Deshalb ist es wichtig, den Ursprüngen des abendländischen Gerechtigkeitsbegriffs nachzugehen und von daher wieder ein umfassendes Verständnis von Gerechtigkeit zu gewinnen. Der klassische Gerechtigkeitsbegriff hat seine Wurzeln in der antiken Philosophie und der jüdisch-christlichen Tradition. Bei allen politischen und kulturellen Unterschieden über die Zeiten hinweg hat er eines gemeinsam: Er hat die Gesamtarchitektur der Gesellschaft im Blick.

Gerechtigkeit in der antiken Philosophie und der jüdisch-christlichen Tradition

Das 1. Ziel der Gerechtigkeit: Jedem sein Recht zuteilen

Der Grundsatz, der das Verständnis von Gerechtigkeit für das Abendland nachhaltig geprägt hat, stammt von dem römischen Juristen Ulpian (um 200 n.Chr.): „Gerechtigkeit ist der feste und beständige Wille, jedem sein Recht zuzuteilen.“ Das war die leitende Idee der Gerechtigkeit über 2000 Jahre. Seltsam, wie wenig in der heutigen Diskussion um Gerechtigkeit vom Recht der Bürgerinnen und Bürger die Rede ist. Insbesondere für arme Menschen ist das Recht von existentieller Bedeutung. „Wer im Leben wenig hat, muss im Recht viel haben“, hat Ernst Simon, der frühere Bundesverfassungsrichter, einmal treffend gesagt.

Es ist klar, dass die Festlegung von Rechten abhängig ist vom Selbstverständnis der jeweiligen Gesellschaft, also kulturell und geschichtlich bedingt ist. Ich frage: Welche Rechte stehen jedem Menschen bei uns heute zu? Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN von 1948 formuliert die individuellen Freiheits- und die sozialen Grundrechte eindeutig: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ (Artikel 1). „Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit ... und in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind“ (Artikel 22). Und: „Jeder hat das Recht auf Arbeit ... und auf gerechte und befriedigende Entlohnung“ (Artikel 23), ferner „das Recht auf Bildung“ (Artikel 26) und „das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen“ (Artikel 27).

Diese Rechte sind soziale Grundrechte. Sie sind nicht verhandelbar. Der politischen Gerechtigkeit heute muss es im Kern um die Einhaltung und Zuteilung dieser fundamentalen Rechte gehen. Das Ziel von Gerechtigkeit ist nicht Gleichheit, analysiert Angelika Krebs in *Arbeit und Liebe* treffend, etwa die Gleichheit von Grundgütern oder Lebenschancen, sondern: „Gerechtigkeit ist ... als Erfüllung absoluter Stan-

dards des menschenwürdigen Lebens zu begreifen ... Die elementaren Standards der Gerechtigkeit fordern menschenwürdige Lebensbedingungen für alle ... Diese Standards geben absolute Schwellenwerte vor.“ Deshalb sind z.B. Sanktionen, die zur Kürzung des Regelsatzes bei Hartz-IV führen, eine gravierende Verletzung des fundamentalen Rechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

John Rawls' *Eine Theorie der Gerechtigkeit* hat hier Unschärfen. Das betrifft die Vermischung von Grundrechten, Grundfreiheiten und Grundgütern. Das betrifft auch das Differenzprinzip, wonach soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten solange akzeptabel sind, als sie auch den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen. Hier fehlt es an einer absoluten Grenze nach unten. Gerechtigkeit lässt sich nicht auf eine Vorteilslogik reduzieren.

Ein Blick in die Welt von Hartz-IV

Ich werfe einen kurzen Blick auf die „am wenigsten Begünstigten“ in unserem Land, auf die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld-II. Sie erfahren schlichtweg vielfaches Unrecht. Das beginnt schon damit, dass ihnen die Schuld an der Arbeitslosigkeit zugeschoben wird. Wer arbeiten will, würde auch Arbeit finden. „Deutschland sei kein Freizeitpark“, hat Helmut Kohl einst süffisant gesagt. Und Gerhard Schröder in der Bild-Zeitung gepoltert, dass es „kein Recht auf Faulheit“ bei uns gäbe. Auf diesem Hintergrund wird Druck gemacht, jede Arbeit zu jedem Preis anzunehmen. Dabei fordert die Europäische Sozialcharta von 1996: „Jedermann muss die Möglichkeit haben, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen“ (Artikel 1). Hier stehen umgekehrt Staat und Wirtschaft in der Pflicht, die fehlenden Arbeitsplätze zu schaffen.

Die nächste Ungerechtigkeit: Der Regelsatz, insbesondere für Kinder, reicht nicht zu einem selbstbestimmten Leben und einem Mitleben in Würde. So werden Menschen einfach abgehängt und ausgegrenzt mit allen seelischen und gesundheitlichen Folgen. Der Regelsatz müsste um 20% höher liegen.

Und schließlich sind die gesetzlichen Bestimmungen und der bürokratische Umgang mit Hartz-IV-Empfängern einfach zermürend und demütigend. Das zeigt auch eine neue Studie der Diakonie Hessen-Nassau *Als Kunde bezeichnet, als Bittsteller behandelt*. Dies ist ein ganz gravierender Punkt, vielleicht noch schlimmer als der niedrige Regelsatz: Die Demütigung, die da Menschen täglich in den JobCentern erfahren. Ein Mann mit 55 Jahren sagte mir: „Ich war bis vor zwei Jahren Abteilungsleiter, war angesehen und geschätzt. Dass ich arbeitslos geworden bin, ist noch nicht das Schlimmste. Das Schlimmste sind die Demütigungen durch die Ämter.“

Der jüdische Philosoph Avishai Margalit hat es in seinem Buch *The Decent Society* treffend auf den Punkt gebracht: „Eine anständige Gesellschaft ist eine Gesellschaft, deren Institutionen ihre Mitglieder nicht demütigen.“ Das versteht er unter einer gerechten Gesellschaft. Oder positiv gewendet: Eine anständige Gesellschaft bringt ihren Bürgerinnen und Bürgern Achtung entgegen, die Selbstachtung ermöglicht. Weit gefehlt im System von Hartz-IV.

Ein kurzer Rückgang auf die jüdisch-christliche Tradition

Lassen wir uns an dieser Stelle durch einen Rückgang auf die jüdisch-christliche Tradition sensibilisieren. Jürgen Habermas, der einst „religiös unmusikalische“, hat sehr pointiert formuliert: „Der egalitäre Universalismus, aus dem die Ideen von Frei-

heit und solidarischem Zusammenleben, Menschenrechten und Demokratie entsprungen sind, ist unmittelbar ein Erbe der jüdischen Gerechtigkeits- und der christlichen Liebesethik.“

Israel weiß um die enge Verbindung von Recht und Gerechtigkeit, die häufig in einem Atemzug genannt werden: „Wahrt das Recht und sorgt für Gerechtigkeit“, so Jesaja 56,1. „Verschafft Recht den Unterdrückten und Waisen, verhilft den Gebeugten und Bedürftigen zum Recht“, so Psalm 82,3.

Worauf hatte jeder in Israel einen Rechtsanspruch? Zunächst auf einen für seinen Lebensunterhalt ausreichenden Besitz, den „Erbbesitz“, der ein freies und selbstbestimmtes Leben sichern sollte. Deshalb heißt es: „Du sollst deinen Nächsten nicht um das Seine bringen“ (3. Mose 19, 13). Sodann hatte jeder ein Recht auf Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben: „Wenn dein Bruder verarmt und sich neben dir nicht halten kann, sollst du ihn, auch einen Fremden oder Halbbürger, unterstützen, damit er neben dir leben kann“ (3. Mose 25, 35). In Notsituationen sollte z.B. ein zinsloser Überbrückungskredit gewährt werden, damit jeder seine wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren und dadurch am gesellschaftlichen Leben weiter teilhaben konnte.

Schließlich hatte jeder ein Recht auf anständige und menschenwürdige Behandlung und ein faires Gerichtsverfahren. Dazu eine sensible Vorschrift, die auch die Schnüffelpraxis bei Bedarfsgemeinschaften unterbinden würde: „Wenn du deinem Nächsten etwas borgst, so sollst du nicht in sein Haus gehen und ihm sein Pfand nehmen, sondern du sollst draußen stehen, und er, dem du borgst, soll dein Pfand zu dir herausbringen“ (5. Mose 24, 10f).

So wurden klare Grenzen gezogen, die die Armen vor einem Fall ins Bodenlose schützen und ihnen Freiheit und Würde bewahren sollten. Armut braucht eine Grenze. Deshalb ist Gerechtigkeit am Recht festzumachen und nicht nur an einer wie auch immer gearteten Chancengleichheit. Schon Aristoteles sagte: „Das Recht entscheidet darüber, was gerecht ist“ (Pol I 2, 7). Und Thomas von Aquin folgte ihm darin: „Das Recht geht der Gerechtigkeit voraus.“ Deshalb wurde Ulpian's Grundsatz zur Leitidee der Gerechtigkeit im Abendland: „Gerechtigkeit ist der feste und beständige Wille, jedem sein Recht zuzuteilen.“ Und um es noch eindrücklicher mit Immanuel Kant zu sagen: „Das Recht des Menschen ist das Heiligste auf der Welt.“

Das 2. Ziel der Gerechtigkeit: Das Gemeinwohl fördern durch sozialen Ausgleich

Sinn und Zweck der Gerechtigkeit ist es, das Leben zum Mitmenschen und zur Gemeinschaft zu ordnen. „Gerechtigkeit“, sagt Aristoteles, konstituiert sich erst durch die „Bezogenheit auf den Mitbürger“, und zwar derart, dass sie „des andern Gut“ ist, also das, was man dem andern schuldet, worauf er einen Anspruch und ein Recht hat (*Nikomachische Ethik*, V 3). Darüber hinaus kann Aristoteles diese allgemeine Gerechtigkeit sogar als „ein Mühen zum Vorteil für andere“ charakterisieren.

Gerechtigkeit orientiert sich am Wohl des andern und auf diese Weise am gemeinsamen Wohl. Gerechtigkeit hat den Zweck, „das Glück sowie dessen Komponenten für das Gemeinwesen hervorzubringen bzw. zu erhalten“ (*Nikomachische Ethik*, V 3), also zu schauen, „was das Leben als Ganzes voranbringt“ (Ebd., V 11).

Diese Orientierung am Gemeinwohl ist die zweite fundamentale Zielsetzung der Gerechtigkeit. Aristoteles spricht von der *eudaimonia* und meint damit ein gutes Leben für alle. Auch Cicero, der große römische Staatsmann, Redner und Philosoph sieht als „Grundforderungen der Gerechtigkeit ... erstens die Absicht, niemand zu schädigen, sodann, dass dem Gemeinwohl gedient werde“ (*De officiis*, 1, 31).

Die Bibel spricht hier von *shalom*: „Das Werk der Gerechtigkeit ist Friede“ (Jesaja 32,17). Erhellend ist, dass die Grundbedeutung von *shalom* „Genug bzw. Genüge haben“ ist. Sozialer Friede wird dadurch erreicht, dass alle genug zum Leben haben.

Wie kommt es zum Wohl aller? Durch sozialen Ausgleich. Ich spreche lieber von sozialem Ausgleich als von Verteilungsgerechtigkeit. Verteilungsgerechtigkeit wird zu sehr nur materiell verstanden und lässt nicht gleich erkennen, dass es nach Amartya Sen in einem umfassenderen Sinn um einen Ausgleich von Interessen, die Erweiterung von Freiheit, die Sicherung von Rechten und die Eröffnung von Lebenmöglichkeiten geht.

Um den sozialen Ausgleich strukturell zu verankern, wurden in Israel in Zeiten großer sozialer Polarisierung die ersten sozialstaatlichen Regelungen entwickelt, indem soziale Pflichten für die Vermögenden festgelegt wurden: Das Verbot des Zinsnehmens, der periodische Schuldenerlass alle sieben Jahre, die Humanisierung des Sklavenrechts und die Verwendung des Zehnten für die Armen in jedem dritten Jahr (5. Mose 23,21; 15,10; 15,18; 14,28f). Diese Sozialgesetze zusammen genommen waren gravierende Eingriffe, um Reichtum zu begrenzen und in Pflicht zu nehmen.

„Alle drei Jahre sollst du aussondern den ganzen Zehnten vom Ertrag dieses Jahres und sollst ihn hinterlegen in deiner Stadt. Dann sollen kommen der Levit, der weder Anteil noch Erbe mit dir hat, der Fremdling und die Waise und Witwe, die in deiner Stadt leben, und sollen essen und sich sättigen, auf dass der Herr, dein Gott, dich segnet in allen Werken deiner Hand, die du tust“ (5. Mose 14,28f).

Diese Regelung erinnert daran, dass der Sinn des Wirtschaftens nicht darin besteht, dass wenige ihren Gewinn maximieren, sondern darin, dass alle das Lebensnotwendige erhalten, auch der Fremde im Land. Reichtum soll auf ein Maß begrenzt werden, das alle anständig leben und mitleben lässt.

Interessant ist, dass als Abschluss aller wichtigen Sozialgesetze im Deuteronomium die Verheißung des Segens steht. Dahinter steht, so Frank Crüsemann, die Vorstellung von einem „Kreislauf von Segen und Gerechtigkeit und gesegneter Arbeit“. Segen als dauerhaften Wohlstand gibt es für die Bibel nur, wenn alle daran Anteil bekommen.

Auch für Aristoteles, den politisch denkenden Philosophen, war klar, dass eine Gesellschaft ohne einen vernünftigen sozialen Ausgleich auf Dauer nicht bestehen kann.

In einem demokratischen Gemeinwesen muss man dafür Sorge tragen, „dass überhaupt die große Menge nicht gar zu arm ist, denn darin liegt die Schuld, wenn die Demokratie schlecht ist. Man muss also vielmehr auf Mittel sinnen, einen dauernden Wohlstand zu begründen. Und da dies auch im Interesse der

Reichen liegt, so muss man die Überschüsse der Staatseinkünfte ansammeln und sie in großen Summen unter die Armen verteilen; und das beste ist, wenn man soviel zusammenbringen kann, wie für einen jeden zur Erwerbung eines Gütchens, geht dies aber nicht, zur Begründung eines Handels oder einer Landwirtschaft ausreicht ... von Seiten der Vornehmen ist es ebenso edel wie klug, wenn sie den Armen ... die erforderlichen Hilfsmittel bereitstellen und ihnen so den Anreiz zur Arbeit geben“ (*Politik*, VI 5). Mit den Armen meint Aristoteles die Unterschicht der Händler, Handwerker und Bauern.

Der Bestand eines Gemeinwesens hängt nach Aristoteles davon ab, ob alle Bürger eine sichere und zufriedenstellende Existenzgrundlage haben. Er plädiert deshalb entschieden für einen Ausgleich zwischen Reichen und Armen und die Förderung des Mittelstandes, weil die Erfahrung zeigt, dass extremer Reichtum auf der einen und extreme Armut und Abhängigkeit auf der andern Seite eine Gesellschaft instabil machen (*Politik*, VIII 6 c).

Das 3. Ziel der Gerechtigkeit: Ein Maß finden für das gesellschaftliche Gleichgewicht

Sinn und Zweck der Gerechtigkeit sei, so Adam Smith, Vordenker der modernen Marktwirtschaft, als unverdächtigem Zeugen in seiner *Theorie der ethischen Gefühle* im 3. Kapitel: „Gerechtigkeit ist der Hauptpfeiler, der das ganze Gebäude der Gesellschaft stützt ... Sie zielt darauf, die Schwachen zu schützen und die Ungestümen zu zähmen.“

Die Mächtigen und Reichen in die Schranken des Rechts und der Gerechtigkeit zu weisen, war und ist nicht einfach. Schon Aristoteles wusste, wie schwierig es ist, diejenigen davon zu überzeugen, welche „die Macht, ihren Vorteil durchzusetzen, in Händen haben; denn immer sind es die Schwächeren, die nach Recht und Gerechtigkeit suchen, die Stärkeren aber kümmern sich nicht darum“ (*Politik*, VI 3).

Deshalb warnt er eindringlich vor dem Hab- und Machtgierigen, dem *pleonektes*. Er sagt: „Wahr aber bleibt, dass die größten Ungerechtigkeiten von denen ausgehen, die das Übermaß verfolgen, nicht von denen, welche die Not treibt.“ Also von denen, die mehr haben wollen, als ihnen nach Gesetz und Sitte zusteht.

Auch Jesaja in seiner Zeit warnt die Reichen und Mächtigen: „Weh euch, die ihr Haus an Haus reiht und Feld an Feld fügt, bis kein Platz mehr da ist und ihr allein im Land ansässig seid“ (Jesaja 5, 8; auch Micha 2, 2). Da geht einem unwillkürlich durch den Kopf, wie derzeit große Konzerne riesige Ackerflächen vor allem in Afrika aufkaufen, um Anbauflächen für die Rohstoffe von Biosprit zu sichern. Und welche Felder bleiben noch für die im Land ansässigen Armen?

Und noch einmal Jesaja: „Weh denen, die unheilvolle Gesetze erlassen und unerträgliche Vorschriften machen, um die Schwachen vom Gericht fernzuhalten und den Armen meines Volkes ihr Recht zu rauben“ (Jesaja 10, 1f). Franz-Josef Radermacher hat einmal treffend im Blick auf die globale Dynamik gesagt: Das größte Unrecht geschieht legal – durch Handels- oder Patentgesetze, durch Steuergesetze mit Schlupflöchern oder inakzeptable soziale und ökologische Standards.

Es ist erstaunlich, wie in der gesamten Antike vor der Habgier gewarnt wird. Die Hab- und Geldgier, *pleonexia*, *philarguria* oder *avaritia* wurden zur Todsünde erklärt. „Hütet euch vor aller Habgier“, sagt Jesus (Lukas 12, 15). Und der 1. Timotheusbrief verpflichtet dem bei: „Die Geldgier ist die Wurzel allen Übels ... du aber, fliehe das und jage der Gerechtigkeit nach“ (1. Timotheus 6, 10f). Und warum? Weil sie die Balance der Gesellschaft zerstört. Wo die einen immer mehr haben wollen, bleibt für die andern immer weniger übrig. Die Ressourcen des Lebens und der Welt sind begrenzt. Wo die einen ihr Vermögen unaufhaltsam vergrößern, durch ständiges Jammern über zu hohe Steuern, durch Jagd nach immer höheren Renditen und Flucht in Steueroasen, bleibt auf der andern Seite immer weniger übrig für die am unteren Rand der Gesellschaft und die öffentlichen Aufgaben. Es ging hier den antiken Philosophen und Theologen nicht um irgendwelche Neidgefühle, die mit Moralien unterfüttert wurden, sondern um die berechnete Sorge um den Bestand des Gemeinwesens.

Deshalb braucht es für den extremen Reichtum, braucht es für die großen Vermögen ein Maß, das die Dynamik begrenzt und die Gesellschaft als Ganzes in Balance hält. Und das ist nun etwas, was uns gründlich abhanden gekommen ist: Das Gefühl für ein Maß. „Das Maß ist uns fremd geworden, gestehn wir es uns“, sagt Nietzsche.

Auf der Suche nach dem rechten Maß

Gerechtigkeit hat es nicht nur mit dem Prinzip der Gleichheit zu tun, etwa der Gleichheit vor dem Gesetz oder der Gleichheit von Chancen. Sie hat es vor allem auch mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu tun, hinter dem der Begriff des Maßes steht.

Von daher ist auch Aristoteles zu verstehen: Er sucht das richtige Maß. Die zuteilende Gerechtigkeit etwa bei der Verteilung von Ämtern, Geld und öffentlicher Anerkennung hat es nach Aristoteles mit dem verhältnismäßig Gleichen, dem Proportionalen zu tun. Sie sucht das „Angemessene“, „ein Mittleres zwischen einem Zuviel und einem Zuwenig“ (*Nikomachische Ethik*, V 6).

Aristoteles und schon zuvor Platon, so die erhellende Interpretation von Georg Picht in seinem Aufsatz *Zum Begriff des Maßes*, geht es um die richtigen Maßverhältnisse, die ein Gemeinwesen braucht, um im Gleichgewicht zu bleiben. Sie haben deshalb mit Hilfe der mathematischen Proportionenlehre „Gerechtigkeit definiert und zu zeigen versucht, welche Maßverhältnisse ein Staat einhalten muss, wenn er Bestand haben soll.“

Gerechtigkeit hat es also mit dem rechten Maß zu tun. Reichtum braucht deshalb ein Maß, damit er nicht durch eine hohe Konzentration an Macht und Einfluss das sensible dynamische Gleichgewicht der Gesellschaft zerstört. Man kann sich diesen Denkansatz sehr gut veranschaulichen, wenn man sich kybernetisch klarmacht, wie lebendige organische Systeme funktionieren: Sie haben als untere Grenze ein überlebensnotwendiges Minimum, als obere Grenze nicht ein Maximum, sondern ein Optimum. Nur in diesem Bereich zwischen Minimum und Optimum bleiben sie stabil.

Unser Problem heute ist, dass uns die einst kulturell prägende Kategorie des Genug gründlich abhanden gekommen ist. Managergehälter wachsen ins Maßlose. Die Investmentbanker der Wall Street haben im Jahr 2009 insgesamt Gehälter und Boni in Höhe von 140 Milliarden Dollar kassiert – und das in einem Jahr, wo sie den Karren an die Wand gefahren haben. Und trotz Finanzkrise gibt Josef Ackermann als Eigenkapital-Renditeziel erneut 25% aus.

Wer kann diese Maßlosigkeit noch nachvollziehen? Das Wissen um ein Maß war der stützende kulturelle Rahmen der Gerechtigkeit. Vom rechten Maß her hat sie bestimmt, was angemessen ist und was zuviel und dann auch nicht mehr zu rechtfertigen ist. Aristoteles ahnte schon beim Aufkommen der Geldwirtschaft, dass in dieser „Kunst des reinen Gelderwerbs und der Bereicherung“, dem *bios chrématistikos*, es „keine Grenze zu geben scheint“ (*Politik*, 1257a).

Gerechtigkeit als Gesamtarchitektur der Gesellschaft

Diese drei elementaren Zielsetzungen des abendländischen Gerechtigkeitsverständnisses wollte ich in Erinnerung rufen: Jedem sein Recht zuteilen, das Gemeinwohl fördern durch sozialen Ausgleich, ein Maß finden für das gesellschaftliche Gleichgewicht.

Diese Zielsetzungen waren natürlich kulturell und politisch unterschiedlich ausgefüllt. So hatte Aristoteles vor allem die Sicherung von Freiheit und Wohlstand der freien Bürger in einer Polis im Blick, wobei Sklaven und Frauen außen vor blieben. Die jüdisch-christliche Tradition dagegen hatte vor allem die Menschen am Rand der Gesellschaft im Blick, Arme und Ausgrenzte, Sklaven und Fremde. Die eigene Erfahrung der Unterdrückung und des Fremdseins in der ägyptischen Sklaverei wurde in Israel im kollektiven Bewusstsein aufbewahrt und führte zu einem sensiblen Blick von unten.

In den übereinstimmenden Zielsetzungen im klassischen Gerechtigkeitsverständnis wird jedoch deutlich, dass es in der Diskussion um Gerechtigkeit um weit mehr gehen muss als um Chancengleichheit. Der Gerechtigkeit im Verständnis unserer abendländischen Tradition geht es um nichts weniger als um die Gesamtarchitektur der Gesellschaft. Dies ist in einem Bild beim Propheten Jesaja sehr schön zum Ausdruck gebracht: „Seht her, ich lege einen Grundstein in Zion, ein Fundament, das sicher und fest ist. Als Senkblei nehme ich das Recht, als Wasserwaage die Gerechtigkeit“ (Jesaja 28, 16f). Israel hatte ein umfassendes Konzept von Gerechtigkeit (*sedāqa*), das aufbaute auf dem Recht (*mischpat*), motiviert wurde durch Gemeinschaftssinn (*chesed*) und hinarbeitete auf einen Zustand des Friedens (*shalom*). Auch für Jesus waren Recht und Barmherzigkeit „das Wichtigste“ in der Tora (Matthäus 23, 23) und das „Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“ die motivierende Vision.

Für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität

Ich wähle als Überschrift für diesen Schlussteil bewusst den Titel des Wortes des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997, wo es heißt: „Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein ... Aus sozialer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ (Ziffer 220). Hier wird an das Grundgesetz erinnert, in dem festgeschrieben ist: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Art. 14).

Gesellschaftliche Wahrnehmungen von Reichtum und Armut

Eine interessante Ausgangsfrage ist, wie Reichtum in unserer Gesellschaft wahrgenommen wird. Hier zeigt sich, dass die Erforschung der Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit noch ganz am Anfang steht. Erste Erkenntnisse wie z.B. aus der Untersuchung *Einstellungen zum Reichtum in Deutschland* (WSI Mitteilungen 3/2009) lassen erkennen: Reichtum, der durch „harte Arbeit“, „Fähigkeiten und Begabungen“ und unternehmerische Initiative erworben wurde, wird akzeptiert. Reichtum wird da aber problematisiert, wo er durch strukturelle Ungerechtigkeiten oder Unehrlichkeit zustande gekommen ist. Kritisch gesehen wird auch, dass die sehr Reichen „nach Ansicht einer überwältigenden Mehrheit der Menschen ihren Reichtum nicht zum Wohle der Gesellschaft einsetzen.“

Eine andere Untersuchung zeigt ähnlich auf, dass „ein bestimmtes Maß an Ungleichheit als akzeptabel angesehen wird. Kritisiert werden hingegen extreme Ausprägungen sozialer Ungleichheit“. Das heißt, im „moralischen Alltagsbewusstsein der Menschen“ gibt es durchaus so etwas wie ein Gefühl für ein Maß nach oben und für eine Grenze nach unten („Sind Armut und Reichtum ein Problem?“ In: *Sozialer Fortschritt* 9/2008).

Daran ist anzuknüpfen. Wir brauchen eine Aufklärung über die Entstehung von Reichtum und die Ursachen von Armut in unserer Gesellschaft. Das hat nichts mit einer Neiddebatte zu tun. Es geht vielmehr darum, dass sich eine Gesellschaft darüber verständigt, wie es zu einem fairen Miteinander kommt.

Zur Diskussion um Leistungs- und Steuergerechtigkeit

„Leistung muss sich wieder lohnen“, dieser Slogan der FDP hat sich wohl allen eingepägt. Diesem Satz kann zugestimmt werden, wenn er für alle gilt, auch für die Geringverdiener, Alleinerziehenden, die Lebensleistung von Rentnerinnen und Rentnern und der arbeitslos gewordenen Mitbürgerinnen und Mitbürger. „Arm trotz Arbeit“ spricht diesem Satz Hohn. Adam Smith hat in seinem großen Werk *Wohlstand der Nationen*, erschienen 1776; demgegenüber sehr deutlich formuliert: Der Lohn muss mindestens so hoch sein, dass ein Arbeiter „davon existieren“ und achtbar „nach den Gewohnheiten des Landes mitleben kann.“ Ja, Smith empfiehlt sogar ein hohes Entgelt, weil es „auch den einfachen Arbeiter zu größerem Fleiß anspornt“ (1. Buch, 8. Kapitel; 5. Buch, 2. Kapitel, 4. Abschnitt). Dies ist übrigens ein Gebot der Gleichbehandlung: Es ist nicht fair, oben mit hohen Gehältern und Boni zur Leistung anzuspornen, unten aber durch Druck Leistung erzwingen zu wollen. Welches Menschenbild steckt da dahinter? Wenn schon, dann gleiche Anreize oben und unten.

„Die Steuern für die Leistungsträger seien zu hoch“, so hören wir es seit Jahren. Dieser Diskussion um die zu hohe Steuerbelastung der Leistungsträger hat nun Peter Sloterdijk noch eins drauf gesetzt, indem er in der FAZ vom 13. Juni 2009 in markigen Worten ausführt: Der moderne Staat würde „per progressiver Einkommenssteuer“ ununterbrochen eine „sozialistische Enteignung“ durchführen. Haben im Altertum die Reichen auf Kosten der Armen gelebt, so leben nun in der Moderne „die Armen auf Kosten der Produktiven“. Deshalb stehe eine „Desolidarisierung großen Stils“ an, vielleicht sogar ein „antifiskalischer Bürgerkrieg“. Sloterdijk plädiert deshalb für die Abschaffung der Zwangssteuern und deren Umwandlung in Geschenke an die Allgemeinheit.

Dies zeigt: Wir brauchen eine Diskussion über die Aufgaben des Staates und den Sinn von Steuern. Ich erinnere in diesem Zusammenhang wiederum gerne an Adam Smith und seine einleuchtenden Ausführungen in seinem Werk *Wohlstand der Nationen*: „Die Bürger eines jeden Landes sollten eigentlich zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben soweit als möglich im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten beisteuern, was bedeutet, dass sich ihr Beitrag nach dem Einkommen richten sollte, das sie jeweils unter dem Schutz des Staates erzielen.“ Einbezogen werden sollen dabei alle Einkommensarten. Steuern sollen gerecht, maßvoll und verständlich sein (5. Buch, 2. Teil). Das ist es, was wir auch heute brauchen.

Zur Erinnerung an den Sinn von Steuern noch einmal Adam Smith: „Derjenige ist sicherlich kein guter Bürger, der nicht den Wunsch hegt, mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, die Wohlfahrt der ganzen Gemeinschaft seiner Mitbürger zu fördern“ (*Theorie der ethischen Gefühle*, 6. Teil, 2. Kapitel). Die gerechte Formel lautet von daher ganz einfach: Jeder trägt zum Steueraufkommen entsprechend seiner Leistungsfähigkeit unter Einbeziehung aller Arten von Einkommen, auch der Vermögen, der Kapitaleinkünfte und Erbschaften bei. Insbesondere leistungslos erzielte Gewinne sollten hoch besteuert werden. Steuerflucht muss unterbunden werden, dadurch gehen dem Staat jährlich zig-Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren. Zudem braucht eine globalisierte Welt auch global erhobene Steuern. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist nicht länger hinnehmbar. Sie geht zulasten dieser und der kommenden Generationen.

Es ist auch ökonomisch viel sinnvoller, wenn der Staat über genügend hohe Steuern Investitionen in Kinder, Bildung und Infrastruktur tätigt, als dass durch zu hohe private Vermögen die Finanzmärkte aufgebläht und die dadurch hervorgerufene Geldschwemme mit ihren Spekulationen die gesamte Wirtschaft destabilisiert. Unser derzeitiges Steuersystem entlastet zu sehr die großen Vermögen. Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass im Jahre 2005 die Reichen in Deutschland im Durchschnitt nur 36% an Steuern auf ihr Einkommen gezahlt haben, also nicht den Spitzensteuersatz von damals 42%. Und wo bisher auf Kapitaleinkünfte ggf. der Spitzensteuersatz zu entrichten war, ist der Steuersatz durch die Abgeltungssteuer auch für die Reichen seit diesem Jahr auf nur noch 25% abgesenkt. Das ist beides zu wenig. Dazu kommt noch die Bemessungsgrenze bei den Sozialabgaben.

Das Problem unseres Steuersystems liegt darin, dass es zu sehr den Mittelstand und die mittleren Einkommen belastet, wozu die kalte Progression ihren Teil beiträgt. Die Gewichte haben sich insgesamt von der Einkommenssteuer zur Mehrwertsteuer und anderen Verbrauchssteuern verschoben, die gerade einkommensarme Menschen treffen. Deshalb ist durchaus auch über die Wiedereinführung einer Vermögensabgabe nachzudenken. Im Mai dieses Jahres haben 23 Millionäre in Deutschland freiwillig eine Vermögensabgabe für Vermögende gefordert, damit Hartz-IV und Bafög erhöht werden können (taz zum Kirchentag in Bremen, 20./21.05.2009). In anderen Ländern ist eine Vermögensabgabe von 3-4% selbstverständlich.

Der Staat braucht ausreichend Steuern, um in die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens investieren zu können, in die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose, in Kinder einkommensarmer Familien und von Familien mit Migrationshintergrund. Hier sind Ressourcen, die wir angesichts des demografischen Wandels dringend benötigen. Ganz abgesehen davon, dass fehlende Investitionen hier das Reden von Chancengleichheit Lügen straft.

Insgesamt zeigen sich bedenkliche Tendenzen der Entsolidarisierung. Die neue Bundesregierung geht hier voran, wenn sie einen weiteren Ausbau der privaten Vorsorge, nun auch für den Pflege- und Gesundheitsbereich, plant. Die Diakonie befürchtet in ihrer Stellungnahme zum Koalitionsvertrag vom 6.11.2009 zurecht: „Das wäre der Einstieg in den Ausstieg aus der Solidargemeinschaft.“

Gerechtigkeit braucht eine Vorstellung vom guten Leben

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Das ist die Frage. Gerechtigkeit orientierte sich in der abendländischen Tradition stets am Gemeinwohl. Sie hatte dafür Vorstellungen von Glück, vom guten Leben und von sozialem Frieden entwickelt, für die die Konzepte von *eudaimonia*, *shalom* oder *bonum commune* stehen. Eine solche Vorstellung vom Gemeinwohl als gutem Leben für alle brauchen wir heute wieder neu.

Interessant wäre zum Beispiel die Frage: Wieviel Geld braucht das Glück? Diese Frage wird in der neuen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts gestellt. Der Hintergrund: In den Wirtschaftswissenschaften gibt es den neuen Zweig der „Glücksforschung“ mit dem Versuch, Lebenszufriedenheit zu messen und von der rein materiellen Betrachtung von Wohlstand anhand von Kaufkraft oder Bruttoinlandsprodukt (BIP) wegzukommen.

Eine überraschende Erkenntnis wurde dabei zutage gefördert: Die Kurven des Geldes und die Kurven des Glücks gehen auseinander. So hat sich in Deutschland seit den 60er Jahren zwar das BIP verdreifacht, aber die Lebenszufriedenheit ist unverändert auf dem Niveau der 60er Jahre geblieben. Ähnliches ist auch in anderen reichen Ländern zu beobachten (vergl. dazu den *Happy Planet Index*).

Wenn sich Gesellschaft und Politik von der Fixierung auf ständiges materielles Wachstum verabschieden und als neue gesellschaftliche Zielsetzung die Steigerung der Lebenszufriedenheit der Menschen ausgeben, dann wird plötzlich einsichtig, dass die materielle Unterstützung der einkommensarmen Menschen den größten Effekt bewirkt. Dies hatte auch schon Adam Smith im *Wohlstand der Nationen* gesehen: „Die Verbesserung der Lebensumstände der unteren Schichten ... kann für die Gesellschaft als Ganzes nur vorteilhaft sein“ (1. Buch, 8. Kapitel).

Biblische Wegweisung zum guten Leben

Die Bibel gibt uns hier eine hilfreiche Richtschnur an die Hand: „Fragt nach den Wegen der Vorzeit, welches der gute Weg sei, und wandelt darin, so werdet ihr Ruhe finden für eure Seelen“ (Jeremia 6,16).

Wie der gute Weg aussieht, das beschreibt der Prophet Micha in den berühmt gewordenen Worten: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was Gott von dir erwartet, nämlich Recht (*mischpat*) üben, Gemeinschaftssinn (*chesed*) lieben und aufmerksam gehen mit deinem Gott“ (Micha 6, 2).

Dr. Günter Banzhaf / Diakonisches Werk Württemberg
banzhaf.g@diakonie-wuerttemberg.de